Datum:	06. April 2013
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Keiner muss sich mehr anstellen

Prettner: "Keiner muss sich mehr anstellen"

"Megareferentin" Beate Prettner verfügt über eine Milliarde, Spielraum ist aber gleich null. Sozialpolitik künftig "mit Herz und Verstand". *Interview von Wolfgang Rausch*

Foto © KLZ/Weichselbraun

Sie kennen als Ärztin den Gesundheitsbereich von innen, wie ist es mit dem Sozialen? Als Mutter mit drei Kindern: Könnten Sie mit 1224 Euro, dem aktuellen Satz der Mindestsicherung, durchkommen?

BEATE PRETTNER: Mit einer Familie ist das extrem schwierig. Mein sozialpolitischer Ansatz ist: Gute Ausbildung und Beschäftigung ist die beste Familienförderung. Die Mindestsicherung kann nur das letzte Fangnetz sein.

Konkrete Pläne?

PRETTNER: Was das Problem Alleinerzieherinnen betrifft, müssen wir den Frauen in der Kinderbetreuung gute Netzwerke bieten. In der Jugendproblematik wird zusätzliche Sozialarbeit in den Schulen notwendig sein. Ich denke da an ein Jugendcoaching, um junge Menschen aufzufangen und zu motivieren.

Reicht Ihr Budget dafür aus?

PRETTNER: Der Sozialbereich ist mit vorerst 353 Millionen Euro dotiert. Die Koalition hat sich auf einen Kassasturz geeinigt, damit wir wissen, was zu verteilen da ist. Aufgrund der jährlichen Steigerungen in allen Bereichen wird es Adaptierungen geben müssen. Zielvorgabe ist eine Sozialpolitik mit Herz und Verstand.

Was passiert mit den Einmalzahlungen wie Teuerungsausgleich, Heizkostenzuschuss, Schulstartgeld oder Jugendtausender?

PRETTNER: Anstellen wird sich niemand müssen. Alle Einmalzahlungen werden evaluiert. Was sinnvoll und notwendig ist, wird in einem novellierten Mindestsicherungsgesetz zum Rechtsanspruch.

Angesichts knapper Mittel: Was halten Sie von einer Koalition gegen die Armut mit Hilfsorganisationen und Serviceklubs?

PRETTNER: Eine gute Anregung, so etwas dürfte aber nicht auf reine Förderungen reduziert werden. Der Kampf gegen die Armut und für Verteilungsgerechtigkeit ist eine Querschnittsmaterie, da sind auch der Bildungs- und Wirtschaftsreferent gefordert.

Prettners Schwerpunkte

Soziales. Verteilungsgerechtigkeit. Verankerung sinnvoller Einmalzahlungen im Mindestsicherungsgesetz. Jugendcoaching. Leistbarer Wohnraum für junge Menschen.

Gesundheit, Kabeg. Noch stärkere Hinwendung zur Vorsorge. Lösung des Ausbildungsproblems in den Spitälern. Neue Arbeitszeitmodelle für ältere Ärzte. Kooperation mit der Med-Uni Graz.

Generationen/Frauen. Ausbau der Kinderbetreuung. Geschlechter spezifische Budgeterstellung zum Ausgleich von Ungerechtigkeiten. Hilfestellung für ein "Gesundes Altern".

Service. Installierung eines Pflegeanwalts. Zusammenführung aller Anwaltschaften (Frauen-, Kinder-, Patientenanwalt etc.) in einem "Haus der Anwaltschaften" als unabhängige Service- und Kontrollstelle.

Bleiben wir bei Budgetnöten: Wie gehen Sie als Spitalsreferentin mit dem Umgang von Steuergeld durch Kabeg-Chefin Ines Manegold um, die für ein aussichtsloses Verfahren in der Causa Koperna 22.600 Euro verpulvern ließ?

PRETTNER: Dafür fehlt mir jegliches Verständnis. Ich erinnere mich als frühere Mitarbeiterin daran, wie man immer zum Sparen aufgefordert worden ist.

Was werden Sie unternehmen?

PRETTNER: Ich habe am Montag das erste Gespräch mit Frau Manegold. Die Zielvorgaben sind klar: Die Kabeg muss das Gesundheitssystem weiterentwickeln. Gerade bei der Personalpolitik ist das aber nicht nachvollziehbar.

Sehen Sie nach drei Jahren Manegold Ansätze von Problemlösungen oder gar konkrete Erfolge?

PRETTNER: Es hat viele Schlagzeilen gegeben.

Viele davon betreffen die Bespitzelung einer Ärzteversammlung im Klinikum, die Frau Manegold veranlasst haben soll. Misslingt ihr die Rehabilitierung vor Gericht, wäre sie dann noch tragbar?

PRETTNER: Moralisch gesehen wäre das ein K. o.

Die Kabeg-Hausaufgaben?

PRETTNER: Es ist, mit den Fondsspitälern, weiter intensiv an den Strukturen zu arbeiten. Wer bietet sinnvollerweise was an?

Was heißt das in puncto Standort- und Beschäftigungsgarantie?

PRETTNER: Diese Versprechen bleiben unangetastet. Aber nicht jedes Haus kann alles machen.

Wird am Klinikum Klagenfurt eine private Med-Uni andocken?

PRETTNER: Unter den aktuellen Bedingungen wäre das Nonsens. Wir wollen Kooperationen wie mit der Uni Graz vorantreiben.

Wie soll sich das Klinikum entwickeln, wo man vom ursprünglichen Konzept abgewichen ist?

PRETTNER: Man hat einen Ferrari hingestellt, im Betriebssystem will man aber keine Rennpiloten einsetzen. Man muss die Abläufe optimieren. Und ich bekenne mich zu Spitzenmedizin.

Der größte Brocken im Sozialbudget ist die Pflege. Was passiert da außer der Abschaffung des Pflegeregress' noch?

PRETTNER: Dieses Versprechen lösen wir schon in der Regierungssitzung am kommenden Dienstag ein. Darüber hinaus werde ich den dringend notwendigen Pflegeanwalt einrichten. Und dann haben wir viel nachzuarbeiten.

Gibt es zu viele Heime oder ist der Zugang zu restriktiv?

PRETTNER: Das werden wir angesichts 300 leerer Betten evaluieren. Ebenso, wie wir die Pflege zu Hause verbessern können.

Die Zukunft des sonderpädagogischen Zentrums Gutenberg?

PRETTNER: Wir wollen das Thema Inklusion weiterentwickeln. Dazu gehört die Gutenbergschule mit ihrem Know-how.